

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zörgauerstr. 3, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erschießt jeder Anspang auf Lieferung bezw. Rücksichtigung des Bezugspreises.

Verkehrs-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für überhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschli. Umhängever. Schmierer und tabellarischer Satz mit Ausschlag.

Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten. Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburggebäude.

Nr. 85.

Donnerstag, den 17. Juli 1930.

33. Jahrg.

Die Deckungsvorlage gefallen

Brüning in Verteidigung und Angriff.

(200. Sitzung.) OB. Berlin, 15. Juli.

Im Reichstag hielt bei der zweiten Lesung der Deckungsvorlage Reichsanwalt Brüning seine mit Spannung erwartete Rede. Der Reichsanwalt, der sich mit den anderen Ministern auf der Regierungsbank befindet, spricht von dort aus zunächst. Der Reichsanwalt meint, es sei nicht notwendig, angeichts der gesamtpolitischen Lage und der wochenlangen Verhandlungen längere Ausführungen zu machen. Das Volk verlange keine weiteren Reden, sondern die Entscheidung.

Wenn eine Regierung in dieser Stunde darauf verzichten würde, die notwendigen Maßnahmen sofort durchzuführen, so würde sie ihre Pflicht vor der Geschichte und dem deutschen Volk schmachhaft verletzen. Deshalb mußte der Reichstag in dieser Stunde, für die Entierung der Finanzen und der Sozialversicherung den Parteien neue Opfer zumuten. Wenn jeder seine Pflicht tut, besteht kein Grund, in schrankenlosigen Besinnungslosigkeit zu verfallen.

Eine Preislenkung würde für die besontere Art der deutschen Wirtschaft keinen Nutzen, sondern den Beginn des Niederrückgangs bedeuten, aber die Voraussetzung für die Durchführung aller dieser Maßnahmen, auch der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen, ist, vorher

das Defizit des Reichshaushalts zu decken.

Anderer Möglichkeiten dazu als die von der Regierung vorgeschlagenen gibt es nicht.

Eine große Stunde ist für den Reichstag angebrochen. Demokratie und Parlament werden am besten gefördert durch den Mut zur Verantwortung, wenn es sich auch um unpopuläre Maßnahmen handelt. Wenn der Reichstag diese Verantwortung nicht anerkennend, so wird die Reichsregierung im Interesse der Demokratie von allen verantwortungsbewußten Mitteln Gebrauch machen, die zur Abdeckung des höchstbedenklichen im Reichshaushalt notwendig sind.

Nach der Rede des Kanzlers beantragte Abg. Esser (Ztr.) die Durchberatung des § 1. Nach einstündiger Pause wurde darüber abgestimmt und der Antrag Esser angenommen, ebenso nach kurzer Debatte der § 1 der. Notopfer und Einkommensteuererhöhung. Vorher war eine Million Mark zwecks Hilfeleistung beim Aufräumarbeiten in den Provinzen bewilligt und das Weingesetz in zweiter Beratung erledigt worden.

Die Fraktionsredner zu den Deckungsvorlagen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird der Antrag des Abg. Esser angenommen und die Redezeit auf eine halbe Stunde festgesetzt.

Abg. Keil (Soz.) fordert bei der Reichsfinanz-Beschränkung in der Beratung der Angelegenheit, höhere Freiheiten und Berechnung nach dem Nettoeinkommen, außerdem Verbesserung der Aufschlagsätze. Die Volkswirtschaft in ihrer jetzigen Form sei ungesund, unannehmbar sei auch die Bürgersteuer. Das schlimmste sei die Verbindung der Deckungsvorlagen mit dem Abbau der Sozialgesetzte. Die Anwendung des Artikels 48 würde die Bürgersteuererhöhung der Reichsfinanz bedeuten. (Einige kommunistische Abgeordnete werden wegen dauernder Zurücksetzung zur Debatte gerufen.) Die bürgerlichen Parteien sollten nicht versuchen, einen schweren Konflikt politischer und wirtschaftlicher Art herauszubekommen.

Abg. Dr. Oberst (Ztr.) gibt eine kurze Erklärung ab. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist der Auffassung, daß eine irgendwie wesentliche Änderung der Situation seit der Beratung der Deckungsvorlage in erster Sitzung nicht eingetreten ist.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) erklärt, das Zentrum stimme der Deckungsvorlage zu. Die Sozialdemokraten dürfen der Regierung nicht die Mittel für die Arbeitslosenversicherung verweigern, wenn sie die Versicherung überhaupt retten wollten. Das Zentrum stelle sich in dieser Stunde hinter die Regierung. Es sei sich seiner Verantwortung vor Volk und Vaterland bewußt.

Abg. Dr. Reubner (Komm.) lehnt unter starken Ausdrücken das Deckungsprogramm der Regierung ab.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) wünscht vor allem eine Senkung der Ausgaben und eine Sichererhaltung der finanziellen Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden. Die Bedürfnisse teilweise diese Forderungen durch die Aufhebung der unbegrenzten Zuschußpflicht des Reiches zur Arbeitslosenversicherung und durch die Einführung der Bürgersteuer erfüllt worden.

Abg. Mollath (Wirtschaftspartei) erklärte die Wirtschaftspartei stimme der Deckungsvorlage nur deshalb zu, weil die erforderliche Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung durch Senkung der Krankenkassenbeiträge eine neue Belastung der

Wirtschaft verhindert. Durch die Bürgerabgabe werde weiter die Entlastung der Steuerzahler eingeleitet.

Abg. Meyer (Dem.) hebt hervor, die Abhilfe könne nicht allein durch neue Steuern gebracht werden. Die Demokraten würden sich zur Annahme der Deckungsvorlage nicht entschließen können, wenn es sich um diese Vorlage allein handelte. Die Fraktion betrachtet das ganze Deckungsprogramm als ein Teilprogramm, die unergänzt weiter gefordert werden muß. Abg. Leich (Ztr.) nennt die Vorlage eine zweite verbesserte Auflage, in der den Bedenken gegenüber dem Notopfer Rechnung getragen sei, wenn auch nicht in ausreichendem Umfang. Die Deutsche Volkspartei wird aber ihre Bedenken zurückstellen und dem Artikel 1 zustimmen.

Abg. von Emdener-Wildau (D. N. Arbeitsspek.) spricht die Hoffnung aus, daß sich eine Mehrheit der Staatsnotwendigkeiten nicht verweigern werde. Sollte das der Fall sein, so müßte die Regierung alle verfügbaren Mittel anwenden. Abg. Böhrig (Christlichl. Bauernpartei) nennt die Vorlage der Regierung einen nur wenig geeigneten Notbehelf. Die Christlichnationalen Bauernpartei wolle aber nicht, daß sie eine unzulängliche Hilfe irgendwie verzögert oder gebietet werde.

Das Notopfer angenommen. Sozialdemokratie übt Einmütigkeit.

Annahme folgt die Abstimmung. Artikel 1 der Deckungsvorlage wird mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen Deutschnationale, Kommunisten und Nationalsozialisten bei Zustimmung der Sozialdemokraten angenommen. Der Artikel lautet: Zum Ausgleich der Aufwendungen im ordentlichen Reichshaushalt, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage ergeben, werden für die Zeit bis zum 31. März 1931 von den Einkommern der Personen des öffentlichen Dienstes ein Beitrag (Reichshilfe) und von den einkommensteuerpflichtigen Personen einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben. Nach dieser Abstimmung werden die Beratungen abgebrochen und auf Mittwoch vertagt.

Regierungsverzicht auf Reichstagsberatung.

Kommt die Reichstagsauslösung?

Berlin, 16. Juli.

Das Rad, in dessen Speichen gefesselt nach gewandte Hände eingekreuzt schienen, rollt weiter. Sein Lauf läßt sich nicht mehr aufhalten. Gestern hat das drittbetragte Haus der Reichstagsversammlung die Reichstagsauslösung beschlossen. Das Rad, in dessen Speichen gefesselt nach gewandte Hände eingekreuzt schienen, rollt weiter. Sein Lauf läßt sich nicht mehr aufhalten. Gestern hat das drittbetragte Haus der Reichstagsversammlung die Reichstagsauslösung beschlossen. Das Rad, in dessen Speichen gefesselt nach gewandte Hände eingekreuzt schienen, rollt weiter. Sein Lauf läßt sich nicht mehr aufhalten. Gestern hat das drittbetragte Haus der Reichstagsversammlung die Reichstagsauslösung beschlossen.

In der Erregung, die nun ausbricht, geht ein kurzes Duell zwischen dem Zentrumredner Esser und Reichswehr, in dem sie sich über die unter den Parteien geflossenen Kompromißverhandlungen auseinandersetzen, fast verloren, und alsdann beginnt die namentliche Abstimmung über den entscheidenden Artikel 2 der Vorlagen. Er wird von einer Mehrheit der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Kommunisten, Nationalsozialisten und Volksrechtsparteier verworfen. Die Erregung steigert sich zum Höhepunkt, in das hinein Reichsanwalt Brüning seinen Angebots erklärt: „Die Reichsregierung legt keinen Wert mehr auf die Fortführung der Verhandlungen.“

Damit ist der Würfel gefallen, man erwartet jetzt die Notverordnung über Zutritt der Steuererhöhung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung und dann kann noch etwas anderes als die Auflösung des Reichstages, Abg. Herr Treppner ist es zu betonen, daß vor dem Schluß das kommunistische Mehrheitsprogramm gegen die Reichsregierung mit 24 Reichstimmern gegen 151 Zustimmung bei 59 Enthaltungen abgelehnt wird.

Sitzungsbericht.

(201. Sitzung.) OB. Berlin, 16. Juli.

Zunächst wird die Entscheidung über den Einpruch des Reichstages gegen das vom Reichstag beschlossene Anleihegesetz getroffen. Für die Zurückweisung des Einpruchs werden 296 Stimmen abgegeben, dagegen 146, zehn Abgeordnete enthalten sich der Stimme. Präsident Lobe verliest die Verfassungsbekanntmachung über Anleihe. Nach diesen hat der Reichspräsident, wenn der Reichstag mit Zweidrittel-

mehrheit entgegen dem Reichstagsbescheid ein Gesetz beschließt, dieses binnen drei Monaten zu veröffentlichen oder einen wesentlichen Inhaltteil zurückzuführen. Es sei fest, daß die entsprechende Zweidrittelmehrheit für die Zurückweisung des Einpruchs 301 sein würde.

Dem Einpruch des Reichstages ist also nachzugeben. In zweiter und dritter Beratung wird das Bankrotgesetz

für 1930 angenommen, ferner Entschließungen dazu, nach denen für den Straßenbau in erster Linie deutsches Baumaterial verwendet werden soll.

Dann wird die zweite Beratung der Deckungsvorlagen fortgesetzt.

Abg. Zörgler (Komm.) Mit der gefürchten Abstimmung haben die Sozialdemokraten befunden, daß sie grundsätzlich für die Deckung des Defizits durch Reichshilfe und Volkseinkommensteuer eintritten. Der Reichsanwalt hat gelangt, es seien keine anderen Möglichkeiten als die jetzigen Vorlage vorhanden, um die Finanzengeldung herbeizuführen. Das ist nicht wahr, es sind andere Wege vorhanden, um die Deckung dort zu suchen, wo sie wirklich zu finden ist, nicht bei den Arbeitern, sondern bei den großen Einkommern und dem Besitz.

Abg. Dr. Reichswehr (Soz.) Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion ist nicht sowohl durch den Inhalt der einzelnen Artikel als durch die Gesamtsituation bedingt. Manche Bestimmungen in den Vorlagen entsprechen den Meinungen, die unsere Fraktion vor einigen Wochen gegeben hat, so das Prinzip der Reichshilfe, die Erhöhung der Einkommensteuer usw. Aber grundsätzlich unannehmbar ist für uns die sogenannte

Bürgerabgabe oder Kopfsteuer, oder Kopfsteuer, wie man besser sagen sollte. Da sie aber in das gesamte Deckungsprogramm hineingearbeitet ist, ist dieses für uns unannehmbar. Im engeren Zusammenhang mit der Deckungsvorlage — und das kommt hinzu — stehen die Los- und Politischen Wägen der Regierung. Die Sozialdemokratie ist sich der Folgen der Ablehnung der Deckungsvorlage durchaus bewußt. Die von der Regierung nach rechts hin unternehmenen Versuche zur Erweiterung ihrer Widerband zu einer Mehrheit scheitern gescheitert zu sein. Die Sozialdemokratie hat unabweislich ihre Verantwortlichkeit bekanntgegeben, an der parlamentarischen Beratung der Vorlagen mitzuarbeiten, nicht etwa um der Regierung willen oder nicht etwa um ihrer selbst willen, sondern um des Staates willen. Dieses Angebot haben wir dem Zentrum abgeben lassen. Es hat seine färschliche Antwort gegeben. Die Regierungsparteien scheuen sich offenbar, den Grund für ihre ablehnende Haltung öffentlich mitzuteilen. Soweit die Verhandlungen, von denen man heute sprach, überhaupt begonnen haben, sind sie gescheitert. Damit steht die Ablehnung der Deckungsvorlage durch die Sozialdemokratie fest.

Der Reichsanwalt beschließt die Anwendung des Artikels 48 und hat sich dem Vernehmen nach bereits auch die Vollmacht dazu geben lassen. Wir halten die Anwendung des Artikels 48 für verfassungswidrig. Dieser Artikel soll in Vorlandeseiten dem Staat, nicht aber einer Regierung helfen.

Wir werden sofort die Aufhebung der etwaigen Notverordnung beantragen und dabei sehen, ob die Deutschnationalen mit uns zusammengehen oder ob sie lieber ihre bisherige Opposition angeben. Dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstages werden wir nicht zustimmen, denn es ist dabei das Ziel, daß nach der Auflösung des Reichstages der Artikel 48 angewandt werden soll.

Abg. Esser (Ztr.) Die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie sind tatsächlich gegenwärtig zum Scheitern verurteilt gewesen, weil die Sozialisten den dritten Tag ihres Schreitens in die Form eines Ultimatum gefesselt haben. Dadurch war eine Verständigung unmöglich.

Abg. Dr. Reichswehr (Soz.) Der dritte Tag unseres Schreitens hat lediglich

die Ablehnung der Bürgersteuer ausgeprochen. Diese Steuer ist aber in der Regierungsvorlage überhaupt nicht enthalten gewesen. Selbst der Reichsfinanzminister hat die schweren Bedenken dagegen geäußert. An der Ablehnung dieser Steuer hätten die Verhandlungen nicht scheitern können, wenn man ernstlich eine Verständigung gewollt hätte.

Abg. Ende (Komm.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie und führt breit aus, die Wahlen würden den Sozialdemokraten schon die richtige Antwort auf ihr Verhalten erteilen.

Nach dem Schluß der Aussprache beginnt die Abstimmung über Artikel 2 des Reichshilfegesetzes, der den von der Reichshilfe betroffenen Parteien freistellt. Mit 256 gegen 204 Stimmen wird der Artikel durch Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationale und Volksrechtspartei abgelehnt.

Reichsanwalt Brüning erklärt: Namens der Regierung habe ich zu erklären, daß die Reichsregierung auf die Fortführung der Verhandlungen über die Deckungsvorlagen keinen Wert mehr legt. (Beifall im Saal.)

Präsident Lobe: Damit ist nicht nur die Vorlage, sondern auch der damit verbundene Ergänzungsentwurf erledigt.

Die letzten Versuche der Regierung, auf dem gewöhnlichen parlamentarischen Wege die Entscheidung über die Deckungsunterlagen herbeizuführen, sind nun aber auf den Widerstand der Reichstagsmehrheit gestoßen. Es bleibt nur noch der weitere Versuch, unter Zuhilfenahme des Artikels 48 der Reichsverfassung vorwärtszutreten, — denn auf die Weiterberatung der Deckungsunterlagen im Reichstag, also auf deren dritte Beratung, hat die Regierung ebenso verzichtet wie auf den ursprünglichen Vorschlag, ihre Absichten durch Initiativeanträge der Parteien zu verwirklichen. In kürzlicher Zeit wird aber auch die zweite und die dritte Entscheidung darüber fallen, ob der Reichstag jenem Vorhaben der Reichsregierung, mittels des Artikels 48 durchzuführen, ein Nein entgegenstellt, das von dem Kabinett Brining nur durch eine rechtzeitige Reichstagsauflösung zu überwinden wäre.

Der Reichspräsident und das Stahlhelmverbot.

Hindenburg fährt nicht zu den preussischen Rheinfestern.

Wegen des preussischen Stahlhelmverbots.

Am 14. Juli wird mitteilt: Der Herr Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Rheinfestern in Koblenz, Trier und Aachen sowie in Wiesbaden abgelehnt und diese Abgabe in folgendem Schreiben an den preussischen Herrn Ministerpräsidenten begründet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preussischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Zusage erfolgte in der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, in Rheinland und Westfalen, das ich, wie Sie wissen, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes als unerschützt und dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufend bezeichnen muß, bis dahin aufgehoben sei und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeier teilnehmen könne.

Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbotes, für die sich auch die Reichsregierung inzwischen verwendet hat, wiederholt in Aussicht gestellt, trotz wiederholten Erinnerns hier aber bisher nicht verfügt. Statt dessen hat der preussische Minister des Innern in seinem dem Herrn Reichspräsidenten abgemittelt Schreiben vom 14. Juli 1930 dem Stahlhelm für die Wiederzulassung in Rheinland und Westfalen Bedingungen gestellt, aus deren Forderungen und Formulierung ich entnehmen muß, daß Sie und das preussische Staatsministerium meinem von der Reichsregierung unterzeichneten Schreiben nicht zu entsprechen geneigt sind. Damit schließen Sie den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, von der Teilnahme an den Rheinlandbefreiungsfeiern aus und machen es den in dieser Organisation vereinigten alten Frontkämpfern unmöglich, in geschlossener Formation mit zu begründen, während alle anderen Verbände bei allen Veranstaltungen, die aus Anlaß der Kämpfe stattfinden, zugelassen sind und in großer Zahl anreisen.

Diese unangemessene Behandlung ist für mich unerträglich. Ich kann es mit meiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Überparteilichkeit nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein — nach meiner Auffassung nicht begründetes — Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen ist. Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen müssen, meine Feiern unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an der preussischen Befreiungsfeier in Koblenz zurückzugeben zu machen: aus dem gleichen Grunde habe ich auch meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgelehnt und so lange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
gez. von H. Hindenburg.“

Die Reise des Herrn Reichspräsidenten nach Speyer und der Pfalz sowie nach Mainz wird voraussichtlich stattfinden. Der Herr Reichspräsident wird vom Mainz am Sonntag, dem 20. Juli, abends, unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

Die Bedingungen für die Neubildung des Stahlhelms.

Neue Verhandlungen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst veröffentlicht nachstehend den Wortlaut des Schreibens, das der preussische Innenminister Dr. Brüning unter dem 14. Juli 1930 an das Bundesamt des Stahlhelms — Bund der Frontsoldaten — in Berlin gerichtet hat:

„Der Herr preussische Ministerpräsident hat mir die an ihn gerichtete Eingabe Ihres Herrn ersten Bundesführers Selbte vom 4. Juli 1930, in der die Bitte um Wiederzulassung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen ausgesprochen wird, zukunftschieblich überreicht. In der dieser Eingabe beigelegten Zusage an den Herrn Reichspräsidenten vom 23. 6. 1930 vertritt der Herr erste Bundesführer, daß der Stahlhelm sich nicht in militärische betätige, und daß bereits bei der Neuorganisation des Verbandes ein Verbot militärischer Übungen bestehe. Dabei vertritt die Bundesführung aber nach wie vor die Auffassung, daß die Betätigung des Stahlhelms in den beiden westlichen Provinzen, und zwar sowohl die ortsüblichen feierlichen Vorbereitungen als auch die Übungen am 21. und 22. September 1929 im Rahmen von Herden-Räuberzügen-Bangen und Herwig-Welber-Neuzüge keine nach dem Gesetz vom 22. März 1921 und seinen Ausführungsbestimmungen verbotene militärische Betätigung darstellt. Diese Auffassung nimmt Ihren Erklärungen jedes Gewicht. Der Herr Vater Reichspräsident über die künftige Bedingung der bestehenden Bestimmungen durch den Stahlhelm hängt vielmehr davon ab, daß die von preussischen Staatsministerium betriebene Auflösung der Betätigung zugrunde gelegt wird.

Ich könnte mich deshalb nur dann entschließen, die Versicherung als geeignete Grundlage für eine Wiederzulassung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen anzusehen, wenn Sie

Wesshilfe.

Ein Gesetzentwurf im Reichstage. Die Regierungsparteien, die Deutschnationalen und die Christlichdemokratischen Bauernpartei haben einen gemeinsamen Gesetzentwurf über die Wesshilfe im Reichstag eingebracht. Zur Linderung der besonderen Notlage auf wirtschaftlichen, gesundheitlichen, sozialen und kulturellem Gebiet, in welche die Gebiete des Westens durch die langjährige Besetzung und Grenzschließung geraten sind, soll die Reichsregierung Vorkehrungen treffen, daß unter Einrechnung der für 1930 bereits vorgesehenen 22,5 Millionen für die Rechnungsjahre 1930 bis einschließlich 1934 durch den Staat weitere Mittel bereitgestellt werden und die Ermächtigung für den Finanzminister zur Übernahme von Bürgschaften bis zum Höchstbetrage von 100 Millionen gegeben wird. Die Ausführungsbestimmungen soll die Reichsregierung im Rahmen des Bundesertrages und nach Anhörung eines Reichsausschusses erlassen.

diesem Gehaltsstumpfen Rechnung trägt und nur gegenüber in dieser Form erfolgt, die eine frühere Bindung des Bundes an die Zusage erkennen läßt.

In der Anlage lasse ich Ihnen eine solche Erklärung zugehen mit dem Anbehalten, sie durch die Herren Bundesführer Selbte und Dührerberg eigenhändig vollziehen zu lassen und mir einzulegen.

Im Falle der Abgabe der Erklärung ist bereit, die Neubildung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen anzuzubekunden.“

Die Voraussetzungen.

Die dem Schreiben beigelegte Erklärung hat den folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten beiden Bundesführer des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, geben hiermit namens des von ihnen vertretenen Bundes der preussischen Staatsregierung gegenüber die folgende Erklärung ab:

1. Die Bundesführer des Stahlhelms, B. d. F., betreiten nicht mehr, daß die Vorgänge, die zu der Auflösung des Stahlhelms, B. d. F., in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen durch Verfügung des preussischen Ministers des Innern vom 8. 10. 1929 geführt haben, eine nach dem Gesetz vom 22. März 1921 verbotene Betätigung mit militärischen Dingen darstellten.

2. Die Bundesführer des Stahlhelms, B. d. F., geben hiermit die nachdrücklichste Versicherung ab, daß eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22. März 1921 zuwiderlaufende Betätigung, namentlich auch die Ausbildung und Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen sowie die Veranlassung solcher oder ähnlicher Übungen, wie sie zu der Unterzeichnung vom 8. 10. 1929 gegeben haben, im Stahlhelm verboten ist. Der Stahlhelm, B. d. F., wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß dieses Verbot nicht verletzt wird, und daß Mitglieder, die dem Verbot zuwiderhandeln, ohne weiteres aus dem Bunde ausgeschlossen werden.

3. Die Bundesführer werden dafür Sorge tragen, daß im Falle der Wiederzulassung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen an die Spitze neuzubildender Landesverbände und Unterorganisationen nur Personen gestellt werden, die die Gewähr dafür bieten, daß die Bestimmungen und Zulassungen der Bundesführung vollständig befolgt werden.“

Die Antwort des Stahlhelms.

In der Antwort des Bundesamtes des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Berlin, vom 15. Juli 1930, an den preussischen Minister des Innern, Dr. Brüning, heißt es u. a.: Die Bundesführer sind nicht in der Lage, die von Ihnen vorgeschlagene Erklärung in ihrem Wortlaut zu unterzeichnen. Wir können von unserer der Arbeit entsprechenden Ansicht, daß es sich bei der Veranlassung am 21. und 22. September 1929 um keine verbotene militärische Betätigung gehandelt habe, nicht abgehen. Sonst würden für die Zukunft polizeilichen Verwaltungsmaßnahmen für und für geöffnet werden mit dem Hinweis darauf, daß schon diese Veranlassung auch vom Stahlhelm selbst als „militärisch“ anerkannt worden sei. Die Erklärung, die wir abzugeben bereit sind, haben wir in unserem Brief vom 23. Juni 1930 an den Herrn Reichspräsidenten genannt.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst hierzu mitteilt, geht die konsistente Form des Schreibens der preussischen Staatsregierung die Möglichkeit, mit dem Stahlhelm in Verhandlungen über die aufgestellten Bedingungen einzutreten.

Die Stahlhelmführer an den Reichspräsidenten.

Die Führung der aufgestellten Stahlhelmgruppen richtete an den Reichspräsidenten das folgende Telegramm: „Euer Erzellenz bitte ich, im Namen der nationalen Frontsoldatenbewegung von Industriegebiet und Rheinland aufzutreten und ehereblichste Dank für das Eintreten für unsere gerechte Sache und für die den Frontsoldaten bewiesene Zuneigung auszusprechen zu dürfen. Ungezählte deutsche Männer, weit über unsere Grenzen hinaus, stehen hinter Euer Erzellenz in dem Kampf um eine von Parteiherrschaft unabhängige Staatsführung.“

Ein persönlicher, kein politischer Schritt.

Der Reichspräsident legt Wert auf die Feststellung, daß alle Beteiligten schon seit längerer Zeit, zum mindesten seit der Rückkehr des Reichspräsidenten Brüning aus Kempten, nicht in das Rheinland zu reisen, falls das Verbot des Stahlhelms nicht rückgängig gemacht wird. Die Annahme, daß hinter seinem Brief politische Motive ständen, geht völlig fehl; der Brief ist ein rein persönlicher Schritt des Reichspräsidenten.

Verhandlungen über das Stahlhelmverbot.

Der preussische Minister des Innern hat in Beantwortung des Schreibens des Stahlhelms an diesen ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, er habe die Möglichkeit für gegeben, sich mit dem Stahlhelm zu verständigen. Er stelle daher an dem bevollmächtigten Vertreter zu Verhandlungen in das preussische Innenministerium zu entsenden. Infolgedessen fanden zwischen dem Innenminister und Vertretern des Stahlhelms Besprechungen statt.

Reichspräsident und Hindenburg-Brief.

Auf Grund eines demokratischen Fraktionsbeschlusses hatten die Abgeordneten Koch-Beyer und Weber eine Interpellation mit dem Reichspräsidenten, deren Gegenstand der Brief des Reichspräsidenten an den preussischen Ministerpräsidenten bildet. Der Reichspräsident brachte zum Ausdruck, daß es sich bei diesem Brief um eine private Meinungsäußerung handele, auf die die Reichsregierung keinen Einfluß habe.

Protest des Handwerks.

Die Ablehnung des Gesetzes über den entgeltlichen Reichswirtschaftsrat. Die Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des deutschen Handwerks- und Gewerbetreibenden-Bundes in Hannover eine Verfassungsklage ab. Zur Ablehnung des Gesetzes über den entgeltlichen Reichswirtschaftsrat durch den Reichstag wurde eine Entschließung angenommen, in der die Vorstände ihrem tiefsten Bedauern Ausdruck geben.

Das Handwerk erkläre darin in gegenseitiger Beziehung der größten politischen Vertrauenskrise eine Zurückweisung aller produktiven Kräfte. Das Einkommenssteuern in Deutschland, verbunden mit dem Verhältniswahlrecht, habe in so hohem Maße verurteilt, daß die Forderung einer zweiten Kammer durch organische Verbindung von Reichstag und Reichswirtschaftsrat schleunigst zum Gegenstand ernsthafter Prüfung der deutschen Wirtschaft und der politischen Faktoren gemacht werden müsse.

Preisrückgänge in der Landwirtschaft.

Keine Besserung der deutschen Landwirtschaft. Die Berichte, die von den deutschen Landwirtschaftskammern über die Lage in der Landwirtschaft im Juni eingingen, zeigen im Gesamtbild kaum eine Veränderung gegen den Vormonat. Soweit eine Änderung der Lage eingetreten ist, muß hauptsächlich dem Preisrückgang zugeschrieben werden, das in keinem Punkte zum Guten neigt.

Die Erfolge der Agrarpolitik der letzten Monate auf einzelnen Gebieten der landwirtschaftlichen Preisgestaltung konnten sich in größerem Umfang nicht auswirken, da mit Ablauf des alten Ernteertragsjahres nur noch im Verhältnis zur Gesamtmenge geringe Mengen von der Landwirtschaft veräußert werden konnten. Auf anderen Gebieten, besonders auf dem in der Zeit vor der neuen Ernte für die laufenden Betriebsmaßnahmen besonders wichtigen

Gebiet der Milchwirtschaft.

treten aber sogar weitere Preisrückgänge ein. In Einzelfällen wird berichtet, daß das Alter Milch nach Verarbeitung in der Molkerei zu einem Preis von nur 10 Bpf. an den Milchhändler bzw. an den Selbstverbraucher abgegeben werden mußte. Unter diesen Verhältnissen mußte die in absehbarer Fälligkeit vorgenommene Realisierungsverbesserung besonders schwer empfinden werden, so sehr, als auch die Milchschaffung durch Erleichterung von der Zinsseite her trotz der starken Ermüdung des Milchbankbestandes für den letzten landwirtschaftlichen Kreditnehmer noch immer kaum spürbar geworden ist.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Deutsch-russische Schlichtungsverhandlungen.

Nach amtlicher Mitteilung hat die deutsch-russische Schlichtungskommission den Bericht über die Ergebnisse der diesjährigen ordentlichen Tagung fertiggestellt und den beiden Regierungen zur Veröffentlichung vorgelegt. In einem Teil Fragen gelangt die Kommission zu gemeinsamen Empfehlungen an die beteiligten Regierungen, ein anderer Teil konnte durch einseitige Erklärungen der Parteien geregelt werden, einige Fragen wurden juristisch gelöst.

Bayerische Schlichterfrage abgelehnt.

Der Bayerische Landtag lehnte in namentlicher Abstimmung die Regierungsvorlage über die Schlichterfrage mit 67 gegen 58 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Für die Steuer stimmten die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen mit Ausnahme des preussischen Abgeordneten Boffert, dagegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Deutsche Volkspartei, Bauernbündler und Nationalsozialisten. Den Ausschlag gaben die Nationalsozialisten. Es ist fraglich, welche Schritte die Regierung nach ihrer Niederlage einschlagen wird. Man spricht von Einführung der Steuer auf dem Verordnungsweg, andererseits von einer Regierungskrise.

Franreich

Nach keine vollständige Zurückziehung des Saarbahnschmies.

Die deutsche Hoffnung auf Zurückziehung des sogenannten Saarbeschlusses im Saargebiet, der durch die Klammung des Rheinlandes gegenstandslos geworden ist, da er ja nur als Anknüpfung zwischen Frankreich und der Rheinlaubarme dienen sollte, hat sich nicht verwirklicht. Der Regierungsausschuss des Saargebietes hat vielmehr in seiner letzten Sitzung beschlossen, diesen Bahnschmie, der etwa 400 Köpfe beträgt, auf 250 Mann herabzusetzen. Über die voraussichtliche Zurückziehung der Restgruppen wurde keinerlei Beschluß gefaßt.

Russland

Sowiejundgebungen in aller Welt.

Die kommunistische Gewerkschaftsinternationale und die kommunistische Internationale haben einen Aufruf herausgegeben, in dem das Weltproletariat zu einer Kundgebung am 1. August unter der Parole „Kampf gegen das Völkervergiftung zum Schutz der Sowjetunion“ aufgerufen wird. Die Sowjetunion fordert sämtliche kommunistischen Organisationen auf, trotz Polizeiverbotss Russenbündnisse zu veranlassen. Sie sollen in Europa, Amerika und Asien durchgeführt werden.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichspräsident empfing eine Abordnung der amerikanischen Steuergewerkschaft, die ihm eine Gemälde des General von Steuben überreichte und die Grüße ihrer Landsleute überbrachte.

Berlin. Der Reichspräsident hat den Reichstag am 1. und 2. Oktober stattfinden lassen, so daß der neue Reichstag am 20. Oktober zusammenzutreten kann.

Polizeidirektor wegen Waffenschlebung verhaftet.

Gallen bei Salzburg war in der letzten Zeit der Schaulust halber kommunistischer Agitation unter den zahlreichen Arbeitern der dortigen Tabakfabrik, der Saline und der großen Zellulosefabrik. Anführer ist es der Sicherheitsbehörden gelungen, den Organisator dieser Unruhen, den gallener Polizeidirektor Dr. Ernst Cham, zu verhaften.

Einstellung der Elbeschiffahrt.

Die an der Elbeschiffahrt beteiligten Reedereien in Hamburg und Dresden haben sich infolge des außerordentlich niedrigen Wasserstandes der Elbe gezwungen gesehen, den regelmäßigen Schiffsfahrtsbetrieb für geschlossen zu erklären. Es soll nach Möglichkeit versucht werden, den Verkehr nach der Mittel- und den nördlichen Wasserstraßen aufrecht zu erhalten. Die Oststromunterhaltung ist bemerkt, die bei dem Niedrigwasserstand besonders gefährlichen Hindernisse aus dem Flußbett zu entfernen. Dennoch ist nicht zu vermeiden, daß Tag für Tag an den verschiedenen Stellen trotz größter Umsicht der Steuerleute Schäden entstehen und oft erst nach vielen Stunden wieder fließt werden.

Blutige Unruhen in aller Welt.

Kolonisation mit Bomben.

In französisch-Marokko kam es in den letzten Tagen zu ersten Feuergefechten zwischen den französischen Truppen und noch nicht unterworfenen Eingeborenensstämmen, wobei französischerseits aus Bomben und Flugzeugen Verwendung fanden. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten wurden bei einem Zusammenstoß mit einem Aufständischenstamm in der Nähe eines vorgeschobenen französischen Postens ein Offizier und eine größere Anzahl Soldaten getötet. Ein weiterer Zusammenstoß erfolgte in Sidalgerien mit etwa 400 Aufständischen.

Mohammedanisches Blutbad unter Hindus.

Die schweren Unruhen in Ost-Indien haben sich zu einem Bürgerkrieg zwischen Mohammedanern und Hindus entwickelt. Die Mohammedaner, die in der Überzahl sind und den Angriff begannen, haben ein Blutbad unter den Hindus angerichtet. In drei Tagen wurden 14 Personen getötet. Im Dorfe Mangazja wurde die Familie eines reichen Hindus ermordet und die Leichen verbrannt. Vier Personen sind durch Schüsse der Polizei getötet worden, 33 Personen verhaftet. Die Hinduwobwohner des Gebietes befinden sich auf der Flucht. Eine Truppe britischer Soldaten ist rechtzeitig in dem Gebiet eingetroffen, um fünfzig Boote mit Hinduflüchtlingen vor den Mohammedanern zu retten. Die Lage in dem Gebiet ist kritisch.

Die Unruhen in Mexandrien.

Nach den letzten Berichten sind bei den Unruhen in Mexandrien siebenhundert Personen getötet und 400 verwundet worden. Die Unruhen sind für die Behörden trotz der herrschenden Spannung vollkommen übertrafend gekommen. Die Polizei wurde von Zuhäusern in kurzer Zeit überflutet, auch der Angriff einer kleinen Abteilung koptischer Soldaten blieb erfolglos. Die Polizeistationen sind angegriffen worden, von denen eine vollständig zerstört wurde. Die passive Haltung Englands hat in nichtangewiesenen Kreisen starke Verwirrung und Kritik hervorgerufen.

Bomben gegen Autos.

Drei Attentate in der Nähe von Posen. Auf einer Chaussee bei Posen fuhr in der Nacht das Auto des Pfarrers Janosik aus Pnin auf eine von unbekanntem Täter auf die Straße gelegte Bombe, die explodierte. Das Auto wurde zerschmettert; der Benzinbehälter fing Feuer, und der Wagen wurde verbrannt. Der Chauffeur, der in dem Auto allein fuhr, kam wie durch ein Wunder mit geringen Verletzungen davon.

Es ist dies das dritte Attentat dieser Art, das in letzter Zeit nahe bei Posen gegen Autos verübt worden ist. In einem Falle fuhr ein mit dreißig Personen besetzter Automobil auf eine Bombe, die explodierte und einen erheblichen Schaden anrichtete, ohne jedoch Personen zu verletzen. Aus welchem Grunde die Attentate verübt werden, ist völlig unbekannt. Gerüchte deuten an, daß die Attentäter unter den Autofahrern zu suchen seien, die sich aus Konturreizniss befähigen.

Schwere Unruhen in Mexandrien.

14 Tote und 250 Verwundete.

Bei Unruhen in Mexandrien sind nach amtlichen Mitteilungen 14 Personen, darunter 8 Europäer, getötet und 250 verwundet worden. Die Anzahl der Schwerverletzten ist groß. Unter den acht Europäern befindet sich auch ein Italiener. Die Bürge von Mexandrien und zahlreich Geschäfte waren geschlossen.

Berliner Produktendrie.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, laut per 100 Kilogramm in Reichsmark.		Seit 7. 15. 7.	
16. 7.	15. 7.	10,5-11,0	10,8-11,0
Weiz., märt.	—	10,5-11,0 <td>10,8-11,0</td>	10,8-11,0
dommerich.	—	10,5-11,0 <td>10,8-11,0</td>	10,8-11,0
Roggen, märt.	179-177	10,5-11,0 <td>10,8-11,0</td>	10,8-11,0
Fruergerste	—	—	—
Ruttergerste	170-190	—	—
Sommergerste	—	—	—
Ruttergerste	—	—	—
Fruer, märt.	177-185	179-180	22,0-23,0
dommerich.	—	—	—
Weizenmehl	—	—	—
p. 100 kg fr.	—	—	—
Wit. f. mlt.	—	—	—
Saß (feinl.)	—	—	—
Mrt. n. Not.	39,5-40,2	39,5-40,2	—
Roggenmehl	—	—	—
p. 100 kg fr.	—	—	—
Wit. f. mlt.	—	—	—
inf. Saß	28,2-28,6	28,0-28,5	—
Bestoff. i. Stn.	—	—	—
Roggen. f. Stn.	—	—	—
Waps	—	—	—
Reinfaat	—	—	—
Wit. Erbsen	26,0-80,0	26,0-90,0	—
Wit. Bellererf.	24,0-27,5	23,0-27,0	—
Ruttererf.	19,0-20,0	19,0-20,0	—
Reinfaaten	22,0-24,0	22,0-23,5	—
Aderbooden	17,0-18,5	17,0-18,5	—
Wit. f. mlt.	21,0-23,5	21,0-23,5	—
Wit. f. mlt.	19,0-20,0	19,0-20,0	—
Wit. f. mlt.	24,0-26,0	23,5-26,5	—
Wit. f. mlt.	—	—	—
Wit. f. mlt.	10,6-11,6	10,6-11,6	—
Wit. f. mlt.	15,8-16,6	15,8-16,6	—
Wit. f. mlt.	8,5-9,2	8,5-9,2	—
Wit. f. mlt.	14,0-15,1	14,0-15,1	—
Wit. f. mlt.	—	—	—
Wit. f. mlt.	16,2-16,9	16,0-16,6	—

Locales und Provinzielles.

Eine Million Steuerstrafen beim Landesfinanzamt Magdeburg. Im Jahre 1929 sind im Bezirk des Landesfinanzamtes Magdeburg 1250 Strafen mit insgesamt 937000 M. wegen vorläufiger und fahrlässiger Steuererfüllung verhängt worden. 1928 waren es 1268 und 1927 1958 Fälle. Die durchschnittliche Höhe der Strafen betrug 1929 750, 1928 710 und 1927 565 M. Nimmt man nur die besonders interessanten drei Hauptklassen mit Selbstveranlagung — die Einkommen-, Umlag- und Körperschaftsteuer — vor, so ergeben sich 1927 1524 Befragungen zu je 669 Mark, 1928 1014 Befragungen zu je 840 Mark und 1929 nur 940 Befragungen zu je 931 Mark. Man ist also mehr und mehr dazu übergegangen, größere Fälle in Angriff zu nehmen.

Nach über 45000 Altveteranen. Nach einer Statistik des Reichsarbeitsministeriums haben am 1. März 1929 noch 54250 Altveteranen von 1864, 1868 und 1870/71 Veteranenbeihilfe bezogen. Aus dem Reichshaushalt für Versorgung und Ruhegehälter für 1930 beziehen diese Beihilfe jetzt noch 45150, jedoch die Zahl der verorgungsberechtigten Teilnehmer an den Einigungsstreiken um 9100 gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Nicht berücksichtigt in diesen Zahlen sind diejenigen, die keine Veteranenbeihilfe beziehen, u. a. auch die früheren Offiziere.

Obkrete auf die Strafe werfen ist nicht bloß eine Angehörigkeit, sondern auch eine Fahrlässigkeit im Sinne des Gesetzes. Man ist sich hierüber, wenn jemand zu Fall kommt und Schaden nimmt, sowohl der Befragung als auch Schadenersatzsprüchen aus, dessen Höhe nach dem Erfahrungsmaß „kleine Ursachen — große Wirkung“ — ins Angemessene geben kann.

Annaburg. Der heutige Schweinemarkt war mit 120 Ferkeln besetzt, welche zum Preise von 25 bis 28 RM. gehandelt wurden. Der Markt war infolge harter Raufluft bald geräumt.

Annaburg. Am vergangenen Sonntag unternahm der Königin-Vulst-Bund einen Ausflug nach Bad Liebenwerda. Die Ortsgruppe Liebenwerda war am Bahnhof erschienen, und nach freudiger Begrüßung wurde unter Führung der Ortsgruppe Liebenwerda ein Rundgang durch die Stadt unternommen, wobei auf die Schönheiten der Stadt und die historischen Bauten aufmerksam gemacht wurde; auch der Ruhwarturm, von dem man eine prächtige Fernsicht hat, wurde besichtigt. Ein gemüthliches Besamensein im Ruchhaus Schweizerhaus beschloß den schönen Tag.

Annaburg. Die Vorgänge anlässlich der nationalsozialistischen Verammlung in Annaburg am 1. Juli haben zur Anlagenerhebung wegen Landfriedensbruchs durch die Staatsanwaltschaft in Torgau geführt. Angeklagt sind: Maurer Richard Wollter aus Jessen, Arbeiter Gustav Zipfel aus Annaburg, dessen Ehefrau Martha Zipfel geb. Heinrich aus Annaburg, Schmidt Albert Sellmann aus Annaburg, Arbeiter Paul Hildebrandt aus Annaburg. Die Hauptverhandlung findet demnächst vor dem erweiterten Schöffengericht in Torgau statt.

Schweinitz. (Gutes Marktgeschäft.) Der heutige Markt gestaltete sich zu einem guten und flotten Geschäft, das alle Erwartungen übertraf. Selbst der Auftrieb von 207 Ferkeln gilt der vorgezeichneten Jahreszeit entsprechend für gut. Der gesamte Auftrieb konnte keinen Absatz finden, wobei man für ein Ferkel Preise von 18 bis 25 RM. zahlte.

Schweinitz, 16. Juli. Unter seit 105 Jahren bestehendes Schul- und Heimfest hat am Sonntag und Montag gefeiert und hat auch in diesem Jahre wiederum seine alte Anziehungskraft beibehalten. Es waren Tage der Freude und Ausspannung von der Alltagsarbeit und verließen in schöner Harmonie. Mit großer Zufriedenheit kann man auf die Tage zurückblicken, die in den Kinderherzen noch lange wiederklängen werden.

Holzdorf, 16. Juli. Trübe Aussichten betingt die nun im vollen Gange befindliche Ernte den Landwirten. Nach dem anfänglich guten Stande des Getreides hat die lange andauernde tropische Hitze viele Hoffnungen zunichten gemacht. Teilweise ist Notreife eingetreten, so daß der Ertrag weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Inwieweit er in den letzten Tagen eingetretene Regen Einfluß auf eine günstige Entwicklung der Hackfrüchte hat, muß abgewartet werden. Man ruht sich auch hier die Aussichten nicht.

Jessen. Schon lange sind Bestrebungen im Kreise Schweinitz im Gange, um einen Hegerverein oder Hegering zu gründen, der den Zweck hat, alle Jäger, Jagdpächter, Verpächter und Jagdvorsteher im Kreise Schweinitz zur gemeinsamen Vertretung von Jagdinteressen und zur Ausübung einer weidgerechten Jagd zusammenzufassen. Fortschrittler Kraft aus Glädsburg hat nun den Versuch gemacht, die Vereinigung aller Jäger herbeizuführen. Wenn er auch anfangs mit wenig Erfolg rechnete, so unterstützten ihn immer die Erklärungen aus Jagdfreieren, daß eine Hege unbedingt notwendig ist. Seine Rufe zu einer mündlichen Aussprache kamen 28 Personen nach, die am Sonnabend

in Holzdorf unzeräuglich zur Gründung des Jagdhegervereins Kreis Schweinitz lächelten.

Jessen, 16. Juli. Moderne Einbrecher. Gestern Nacht wurde die Tankstelle auf Gorenberg aufgedröhen und Benzin daraus entnommen. Im letzten Anblick wurde dieser Vorgang durch einen Arbeiter der Ziegelei beobachtet, der diebst. entkam aber mit seiner gefüllten Kanne. Etwa 100 Meter entfernt soll ein Auto gefahren haben, das dann schließlich seinen Weg nach Jessen nahm. Man vermutet, daß dieses Auto auch die Einbrecher herbeiführte, die heute Nacht einen Einbruch in die hiesige Molkerei unternahmen. Es wurde beobachtet, daß in der Nähe der Molkerei gegen 2 Uhr nachts ein Auto gefahren hat. Dieselbe drangen von der Hofseite durch ein Fenster in die Molkerei ein, ohne daß die Hausbewohner das geringste davon bemerkten. Die Diebe fanden auch die große und schwere eiserne Geldkassette, die sie mitgehen ließen. Sie werden allerdings beim Öffnen böse erstaunt gewesen sein, weil sie darin kein Geld fanden. Es ist anzunehmen, daß eine ausgefeimte Großstadtpolizisten-Gesellschaft hier zu Werke ging, die wahrscheinlich planmäßig solche „Autosausfälle“ nach dem Lande macht.

Geyda, 15. Juli. Bei einem Kontrollgang auf der Schödenwälder Jagdflur ermittelte am Sonnabend der Jagdausscher einen „Jagdfreund“, welcher auf verbotenen Wegen ging. Er hatte gerade einem Rehbock das Besenstück abgehoben. Es wurde bei ihm eine 9 mm Pistolenkugel nebst Nachlad- und Fernglas gefunden; diese Sachen wurden dem Landjäger Rauf abgehoben.

Beuth (Mart), 16. Juli. Am Dienstagvormittag gegen neun Uhr ist nahe der Stadt ein Veronesenkrankenwagen gegen einen Baum gefahren. Beide Insassen, nämlich der Kammerfänger Raumann aus Leipzig und eine Frau Melanie Langheim aus Leipzig-Lindenau wurden sehr schwer verletzt. Frau Langheim ist inzwischen gestorben; der Kammerfänger Raumann befindet sich in hoffnungslosem Zustande im Beutler Krankenhaus.

Sachau (Rr. Wittenberg.) Als der Gemeindefeldwarter am vergangenen Sonnabend dem Landfruchtträger den gemachten Kassenbestand in Höhe von etwa 80 RM. mit zur Post geben wollte, mußte er zu seinem Schrecken feststellen, daß die Kasse ausgeraubt war. Wann der Diebstahl ausgeführt worden ist, kann nicht festgestellt werden, da die Kasse am 5. Juli zum letzten Mal in Anspruch genommen worden ist.

Röthen. Auf freiem Felde vom Wäse getroffen wurden bei dem gefürchten Gewitter im benachbarten Ederth der Arbeiter Junge und der Schmiedemeister Krellschmann. Der Erstere war sofort tot, dem Letzteren sind beide Beine gelähmt. Junge ist ein Opfer seiner Hilfsbereitschaft geworden. Er kam vom Felde und wollte einem Nachbarn Krellschmann beim bergen des gemachten Getreides helfen. Dabei wurden sie vom Gewitter überfallen.

Gerbicht, 16. Juli. (Todesurteil eines Greises.) In Belchen stürzte der 84jährige Berginsalbe Braun beim Abputzen seines Wohnhauses aus fünf Meter Höhe ab. Er starb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Runklitz, 15. Juli. Abstieg vom Seilwand. Am Sonntagabend versammelten sich die Dorfbesohner von Runklitz zum letzten Male, um Abschied zu nehmen von der ihnen liebgehabten Seilwand, die dem nach Braunholze bürgernden Bagger weichen muß. Zum letzten Male wurde in Runklitz Gottesdienst abgehalten. Der Abend gestaltete sich zu einer festlichen Abschiedsfeier unter Mitwirkung der Bergopelle der Gewerkschaft Wäden.

Freiburg (Weisgau), 12. Juli. Der gemälte Temperaturkurve der letzten Tage hat nach den hohen Temperaturen der vorhergehenden Wochen, die selbst im Hochsommer bis zu 30 Grad Celsius brachten, zu einer für den Monat Juli ganz unnormalen Witterung geführt. Auf dem Feldberg zeigte das Thermometer gestern abend und heute morgen 1,1 Grad über Null, in der Nacht plus 0,3 Grad. — In den Schweizer Bergen ist bis tief in die Täler hinab Schnee gefallen.

Kino-Schau.

Palast-Theater. Wieder wird vor Gericht einer jener Fälle verhandelt, wo ein junges Mädchen von drohender Scham getrieben, ihre Jugend und ihre Zukunft in einer jener düsteren, von beizenden Gerüchen durchwühlten Wohnungen veranlassungslos Frauen zu Grunde rät. Ihren Eltern wollte sie die Schande eines unehelichen Entsetztes erproben und hat sie noch viel tiefer ins Elend hineingetrieben. Denn ihr von Jugendtorheit und Mädchenanekt geleiteter Schritt führt sie ins Gefängnis. Der Jutzwachmeister Böhm hat solche Verhandlungen zu Duzenden erlebt, und immer wieder erschüttern sie ihn aufs neue. Gott sei Dank, seine Eingabe ist aus anderem Holz geschnitten und sollte? — auch ihr Fuß irtaudeln, „mit einem Hammer schlägt er sie tot“, verriet er seinen Kollegen und der weiß, daß es dem Alten durchaus ernst ist. — Ueber alles die Mädchen-ehre „meines“ Kindes. Dieser tiefgehende ernste Film läuft mit einem guten Programm am Freitag bis Sonntag im Palast-Theater.

Martk-Kalender.

10. Juli: Schweinen. in Jessen.

Schneeweiß wie diese Blütenkelche
wird Deine Wäsche durch das vorzügliche selbsttätige Waschmittel

Ozonil

Lohndrusch
Wilhelm Kegel.

Lohndrusch
auch mit Anfuhr jederzeit in beliebiger Gfite. Anmeldungen erbitet
Wilhelm Kunze.

Landwirtschaftliche Maschinen und Gerate,
als: eis. Eggen, Schwung- und Karren-Pfluge, einzelne Räder, Kultivatoren, Reinigungs-Maschinen, Grassmahmaschinen, Dreschmaschinen, Sämaschinen, Motore, Transmissionen.
Ersatzteile und Reparaturen aller Fabrikate.
Wilhelm Grahl.

Fahrräder!
Brunhilde 65.— Klawito 95.—
do. 75.— Elfa 105.—
Klinglor 85.— Ballonrad 125.—
(mit Freilaufnabe)

Motorräder: NSU • DKW • Elfa
♦ **Viktoria-Nähmaschinen** ♦
Miele-Zentrifugen mit Kraft-
Wäschemangeln | Waschmaschinen | betriebs-
Autoreparaturen u. Lohnfuhrten
Fritz Rödler, Fernruf 253.

Großes Tonwarenlager!
Tonröhren, 10—40 cm Durchmesser
Krippenschalen, alle Größen
Schweinetröge, alle Größen u. Formen
Ferkeltröge, alle Größen und Formen
Pöfel, Gurten- und Wasserfässer
empfehlen
Wilhelm Kunze.

Geschäftseröffnung!

Eröffne mein Geschäft am
Freitag, 18. Juli
in der **Holzdorferstr. 16** (bei Karl Müller)

Zur Eröffnung gebe ich
10 Prozent Rabatt!
Oswin Hofmann.

Bei dieser Witterung
empfehle mein großes Lager in
Damen- und Herren-Gummimäntel „Continental“
Damen-, Herren- und Kinder-Schirme
Carl Quehl.

Neuheit!
Sahallplatten-
Postkarten
Stück 25 Pfennig
zu haben bei
Herrn. Steinbeiß.

Radio-
Apparate
komplett, 3 Röhren,
sehr billig zu verkaufen.
Wilh. Waich
Sämtl. Zubehörteile
für Radio billigst.
Lade-Station.

Breecheshosen
Sommerhosen
Sommerjoppen
Windjacken
Lüsterjaketts
Blaue Arbeitsjacken
und Hosen
empfiehlt in großer Auswahl
Seb. Schimmeyer.

Beamten-Ortskartell
Sonnabend, den 19. Juli 20^{1/2} Uhr
Versammlung
in „Stadt Berlin“ Jäger.

Am Sonnabend, den 19. Juli
um 8 Uhr im „Waldhölchen“
Monats-Versammlung
(Abschiedsvers. vom Clubwirt)
Erscheinen aller Mitglieder ist
Pflicht. **Der Vorstand.**

Lotterieverein „Fortuna“
Zu unserem am Sonnabend, den 19. Juli
stattfindenden
Kränzchen
im Saale des Herrn Hoppe (Neue Welt)
sind Freunde und Gönner herzlich ein-
geladen. **Der Vorstand.**
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Eintritt: Damen 50 Pfg., Herren 70 Pfg.
Tanz frei. **Erstklassige Musik.**

Lichtspielhaus
Neue Welt
Nur Freitag und Sonntag
Der große phantastische Ausstattungsfilm
Die Prinzessin und der Narr
7 Akte nach dem gleichnamigen Roman
von Jean Frappa
Motto: *„Mild ist dein Aug“* mit dem du mich betriffst
An deines Syrens Brennen liegt mein Reich
König bin ich, wenn du mein Fieber erdriest
In Nacht u. Glück dem größten König gleich
— Ein Traum von Liebe und Schönheit —
Ferner
Ohne Gesetz und Recht
Ein neuer fabelhafter Weltwunderfilm voll spannender
Erlebnisse in 5 Akten
Im Hoftrautwagen durch Oesterreichs Alpenwelt
(Galgahain—Bad Gastein—Mallnig—Heiligenblut)

Polizeiliche An- und Abmeldefchein
und vorrätig in der Buchdruckerei H. Steinbeiß.

Mein diesjähriger
Saison-Ausverkauf
bringt etwas ganz Ausergewöhnliches!

Damen-Sommermäntel in großer Auswahl, teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt
Herren- und Buschenanzüge in modernen Mustern und eleganter Ausführung
weit im Preis herabgesetzt
Ein Posten **Knabenwasch-Anzüge, Haus- u. Sportanzüge** von 1.95 an

Kunstseidenkleider von 4.75 an
Volle-Kleider (Glocke) von 5.75 an
Waschmusefine von 0.58 an
Wollmusefine von 1.25 an
Wachseide von 0.75 an
Inlett, in 3—4 m Resten
150 breit, Deckbett 10.—
Damast 80 cm breit 1.35
Damast 130 cm breit 1.98
Dimiti 130 cm breit 1.50
Züchen bunt, 80 cm breit 0.70
Züchen bunt, 80 cm breit 1.50
Damastbezug genäht m. 2 Kiss. 11.50
Linonbezug mit elegantem
Einatz, vom Besten das Beste 11.50
Betttücher mit Hohls., pa. Qual. 3.75
Tischtücher 130/160 Damast 3.75
Frotté-Handtücher 0.60
Landhausgardinen
elegante Ausführung 4.95

Landhausgardinen-Stoffe 0.38
Stors von 1.50 an
Bettdecke, 2 Betttücher 8.75
Spitze 10 bis 12 cm breit 0.15
Staubtücher 12 Stück 0.95
Kindertaschentücher 1 Dtzd. 0.95
Badehosen verschied. Größen 0.30
Damen- u. Kinderschläpfer 0.35
Strickröcke für Kinder 0.85
Strickhose für Kinder 0.35

Kinderkleider
für das Schulfest
kommen in der nächsten Woche
zum Verkauf

Strümpfe
für Herren, Damen und Kinder
in großer Auswahl zu billigen Preisen

Ernst Peschke Acker-
Straße 16

Sie wünschen
Qualitäts-
Konservenringe
das Zeichen
dieser
Lieferung
der Qualität!
Bleich. Hilpert, Torgauerstr.

Palast-Theater
Freitag—Sonntag
Beginn 20.30 Uhr:
Der Sittenrichter (S 218)
Eine Sittentragödie nach einer modernen Begebenheit
erzählt von Marie Luise Droop in 6 Akten
In den Hauptrollen sehen wir Leopold v. Ledebur,
Margarete Schlegel, Mary Kapfer, Erna Morena,
Oerd Bräse, Rudolf Bettinger
Im Teilprogramm
Eine tolle Nacht
und **Franz als Zahnarzt**
Sonntag nachmittags 3 Uhr
◆◆◆ Kindervorstellung ◆◆◆

Bürger-
Schützen-
Vereine. V.
Donnerstag, den 17. Juli,
abends 8^{1/2} Uhr:
Monatsversammlung
(Abschiedsversammlung
bei Kam. Steinberg).
Der Vorstand.

Prima
Sammelfleisch
hat 1000 abzugeben
Martin Wiesener
Zum Einmachen
empfehlen:
feinste Platten-
Raffinade
in Würfeln zu 2^{1/2} kg, ferner
Gut- u. Kristall-
Zucker
♦ ♦ ♦
J. G. Fritzsche.

Alle Farben
Troden, Del, Wasserfarben
sowie: **Lad u. Leinöl-**
furnis, flüssigen und
trockenen Schelllein-
Ölvern. Fußboden-
farbe in Wägen. Alle
Del-farben werden
von sachmänn. Hand
zurecht gemacht.
Franz März
Markt 19.

Brauns Antwort an Hindenburg.

Besondere Zusagen der Stahlhelmführer gefordert. Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat unter dem 15. Juli an den Reichspräsidenten folgendes Antwortschreiben geschrieben:
„Hochverehrter Herr Reichspräsident! Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern erkennen, daß Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsaktionen im preussischen Gebiet namentlich von der Wiederzulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, z. B. abhängig machen. Ich empfinde dies um so schmerzlicher, als dadurch ein Mißklang in die Befreiungsaktionen hineinkommen muß, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermeiden sehen würde.“

Um Ihrem Wunsch, Herr Reichspräsident, auf Wiederzulassung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der preussische Minister des Innern mit meinem Einverständnis dem Bundesamt des Stahlhelms gegenüber mit Schreiben vom 14. Juli 1930 die Wiederzulassung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen dieser Vereinigung in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der preussische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen würde, wenn ihm von der Bundesleitung des Stahlhelms bindende Zusicherungen für eine künftige, den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufende Befestigung gegeben würde. Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Stahlhelms auf Grund seiner bisherigen Haltung berechtigte Zweifel gehegt werden mußten, die nur durch besondere Zusagen der verantwortlichen Bundesführer beseitigt werden können. Eine Antwort des Ministers des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen. Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Auflösung des Stahlhelms im Rheinland und Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 (Weichselgesetzblatt Seite 235) zuwiderlaufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen.

Ich stelle vielmehr fest, daß die gesetzmäßig unabhängigen Stellen Preußens und des Reichs übereinstimmend das Verbot auf Grund einwandfreien und reichhaltigen Sachdienstmateriale erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwiefern Ihnen, Herr Reichspräsident, Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil führen konnte.

Ich wäre noch wie vor bereit, die Neubildung des Stahlhelms für die in Rede stehenden Gebiete zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm gegebenen Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre und insoweit dessen die Gesetzmäßigkeit seines künftigen Verhaltens als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm geforderte Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzeslage entspricht, abgibt und damit von sich aus das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsaktionen entgegensteht, aus dem Wege räumt.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihrer Reise in das Rheinland entgegenstellen haben, noch zu beheben, und daß es der Bewandlung des preussischen Gebietes vermagt sein wird, doch noch Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsaktionen begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung Ihr sehr ergebener Ges. Braun.

Sitzung des Reichskabinetts.

Die Mitglieder des Reichskabinetts traten um 20 Uhr zu einer internen Besprechung über die politische Lage zusammen. Ein amtliches Kommuniqué wurde nicht aus gegeben.

Auflösung des Reichstags?

Die Wirtschaftspartei hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung aufgefordert wird, den Reichspräsidenten zu bitten, im Falle der Ablehnung der Bedingungsanträge und der Vorlagen zur Revision des Gewerbesteuer- und Krankenversicherungsgesetzes die Auflösung des Reichstags anzuflehen.

Durch den Antrag soll verhindert werden, daß die Vorlagen auf Grund des Artikels 48 in Kraft gesetzt werden, ohne daß der Reichstag aufgelöst wird.

Keine Veröffentlichung der Tributzahlungen durch die BZZ.

Der Vorstand der BZZ. behandelte in seiner Sitzung vom Montag u. a. auch die Frage, welche Gefahr der Geschäftsaußweis der Bank künftig erfaßt soll. Auch in Zukunft soll der Ausweis der Bank am letzten jedes Monats abschließen und zum 5. des folgenden Monats jeweils veröffentlicht werden.

Eine Sonderaufsührung der einzelnen Ueberweisungen an die Reparationsgläubiger, wie sie bisher vom Reparationsamt gegeben wurde, soll jedoch seitens der Bank nicht erfolgen. Sie will sich, trotzdem sie die Empfängerin und Verwalterin der Reparationsjahreszahlungen ist, mit der politischen Seite nicht befassen und ihre Veröffentlichung auf den monatlichen Geschäftsaußweis beschränken.

Die deutsche Antwort an Briand.

Politische Gleichberechtigung und wirtschaftliche Verständigung als Voraussetzungen.

Die deutsche Regierung hat durch den deutschen Botschafter in Paris ihre Antwort auf Briands Rede vor dem Reichstag überreicht. In der Antwort heißt es u. a.: „Die deutsche Regierung hat es bekräftigt, daß die französische Regierung das europäische Problem in seinen Einzelheiten zur Diskussion gestellt hat. Kein Land kann die Mängel der Struktur härter empfinden als Deutschland. Die deutsche Regierung wird daher bereitwillig an der Lösung des Problems mitarbeiten. Sie sieht das Entzwei in dem Geiste der Verständigung, eine mutige Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse ins Auge zu fassen und so eine wirkliche Befriedigung Europas herbeizuführen, die auf den Grundfragen der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen kann.“

Ein europäisches Programm müsse materiell und geographisch so elastisch wie möglich gehalten werden. Auch der Ausschluß solcher europäischer Länder, die nicht dem Verständnis angehören, wie Island und die Türkei, widerspreche der bisher mit Recht geübten Praxis. Alle Versuche einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, daß die Grundfrage der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausgleichs der natürlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker zur Anwendung kommen. Auf rein wirtschaftlichem Gebiet sind zweifellos Möglichkeiten gegeben, die im Interesse des europäischen Fortschritts geprüft und genutzt werden müssen.

Die Unterbrechung der europäischen Wirtschaft ist durch die Krise der Landwirtschaft und der Misshandlung der Industrien ausgehen und Mittel und Wege suchen müssen, um den Austausch der Güter zwischen den vorwiegend agrarischen und vornehmlich industriellen Gebieten Europas zu erleichtern. Die deutsche Regierung hat es für angebracht, die Bemühungen um die Verständigung der europäischen Wirtschaft, insbesondere der europäischen Zollpolitik fortzusetzen.

Die Antwort der deutschen Regierung beschäftigt sich dann mit den Organisationsfragen und unterstreicht die Ansicht, daß der Völkerverbund unter den europäischen Bestrebungen nicht leben kann.

Reichstag und Kriegsofferverbodung.

Der 16. Ausschuß des Reichstages für Kriegsofferfragen hat seine Beratungen über die Regierungsvorlage einer Abänderung zum Kriegsoffergesetz und Verfahrensrecht, die mit der Schaffung von Ausnahmestufen u. a. wesentliche Einschränkungen vorieht, abgeschlossen.

Nachdem den Verbänden Gelegenheit gegeben worden war, ihre Stellungnahme zu den Regierungsvorlagen vor dem Ausschuß darzulegen, hat, wie aus der Berichterstattung des Ausschusses ersichtlich, der Ausschuß die Regierungsvorlage einstimmig angenommen, mit Rücksicht auf abgegebene Regierungserklärungen, die zur Vereinfachung entscheidender Sätzen für notwendig erachtet wurden.

Die Reichsregierung erklärt sich ausdrücklich bereit, in Fällen, in denen die Anmeldefrist abgelaufen ist, a) Eltern im Wege des Härteausgleichs Elemente oder Elternbeiträge zu gewähren.

b) gegenüber Beschädigten in entsprechender Weise zu verfahren, insbesondere in den Fällen, in denen eine Gesundheitsfürsorge offensichtlich die Folge einer Kriegsverwundung ist.

2. die Hauptverwaltungsämter wie bei dem 4. Gesetz zur Änderung des Verfahrensgesetzes anzuweisen, alle anhängigen Fälle, in denen der Return künftig nicht mehr zulässig ist, daraufhin nachzuprüfen, ob nicht eine andere Beurteilung durch die Verwaltungsbehörden geboten und die Erstellung eines neuen Bescheides angebracht ist.

Weitere Eingriffe in das Verfahrungsrecht glaubte der Ausschuß mit folgender Einschränkung entgegenzutreten zu sollen: Der Reichstag gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß nach den jetzt beschlossenen Änderungen der Verfahrungs- und Verfahrensgesetze ein Abbau der Kriegsoffer- und Kriegschadensentschädigung auf der von der Reichsregierung für den Herbst angelegten Finanzreform bezogen werden in Aussicht stehenden Ausgabenentlastungsgesetz nicht mehr in Frage kommt.“

Die Ernte im Volksmund.

Für die Landleute ist die Ernte dasjenige, worauf sich während des ganzen Jahres mehr oder weniger ihre Aufmerksamkeit richtet. Um sie bereit für ihr ganzes Dasein und Trachten, wie es Schiller so schön in die Verse gefeiert hat: „Glückliches Volk der Getide!“

Seine Wünsche befruchtet der Ernte ruhiger Kreislauf, wie dem Tagewort gleich, wieder dem Leben sich gleich.

Kaum waren die Wässer der Entlastung verlaufen, da war der erste Gedanke derjenigen, die durch die Arbeit bloß dem Verderben entronnen waren, die Ernte, und ihnen wurde die Verheißung: „Solange die Ernte hebet soll nicht aufhören Same und Ernte.“

„Auch sonst ist in der Schrift häufig von der Ernte die Rede, und solche Stellen sind vielfach zu gelungeneren Worten geworden: „Was der Mensch sät, wird er ernten.“

Wie eng das Denken des Landmannes und sein ganzes Leben mit der Ernte verknüpft ist, erhellt aus den zahlreichen Bauern- und Wetterregeln. Auf welche Lage und Jahreszeiten sie sich auch beziehen — bei sehr vielen heißt der Gedanke an die Ernte im Vordergrund, und sie beschäftigen sich vornehmlich mit dem guten oder schlechten Ausfall der Ernte. Die Getreibeernte beginnt in der Regel Ende Juli: „Kommt Jatoobstag (25. Juli) heran, so muß die Blanke Senfe dran“, wie auch eine andere Bauernregel besagt: „Wenn am 1. Mai der Wald grünt, so ist am Jatoobi die Ernte zu hoffen.“ Sie soll am Bartholomäustag (24. August) beendet sein.

Aus der Fülle der Bauernweisheit, welche die Ernte zum Gegenstand haben, kann hier nur eine kleine Auswahl gegeben werden: „Ernt und Kartoffelreihen bringen selten Erntefegen.“

„Schnee (2. Februar) hell und klar, gibt's ein gutes Roggenjahr.“ — „Aber hat nach Viet (15. Juni), geht der Saat und Ernte gut.“ — „Regen am Johannisstag (24. Juni) nasse Ernte bringen mag.“ — „Wenn im Juni Nordwind weht, das Korn vorzüglich zur Ernte steht.“ — „Hat der Badmonat zu weilen Regen, dann bringt er reichen Segen.“ — „Was Juli und August nicht geraten, läßt der September ungeraten.“ — „Was aus besonders vom Wein gilt.“ — „In Maria (Maria Verkündigung) schon und hell, kommt viel Obst auf alle Jüll.“ — „Am heiligen

Manche freie Stunde verschafft Ihnen IMI!



Wenn Sie IMI zum Geschirrspülen, zum Aufwaschen und Reinigen nehmen, haben Sie es viel leichter und sind viel schneller fertig. IMI rückt allem Schmutz und Fett energisch zu Leibe. Messer, Gabeln und Löffel, Teller und Schüsseln, Töpfe und Pfannen, kurz alles Geschir saubert IMI im Augenblick. Auch beim Putzen von Steinfliesen, Wandsöckeln, Bädewannen und Spülbecken bewährt sich IMI vorzüglich. IMI spart Ihnen soviel Mühe und Arbeit, daß es rückständig wäre, es nicht zu benutzen. Es kostet doch nur 25 Pfennige und ist außerordentlich ergiebig.

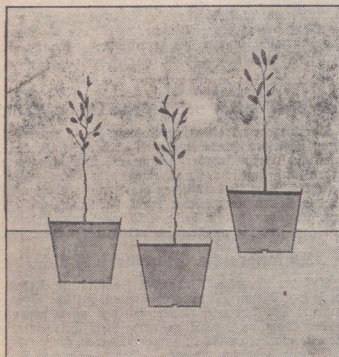


Henkels Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät aller Art. Hergestellt in den Persilwerken.

Topfblumen im Freien.

Während des Sommers gewöhnen die Blumentriebhaber ihren Jünglingen gern die Möglichkeit, sich in freier Luft und Sonnenchein von der langen Einspernung in der Winterzeit zu erholen. Das ist lässlich und tut den meisten Pflanzen gut. Freilich nicht allen. Es gibt eine ganze Reihe von Gewächsen, die zwar uniere trodene Zimmerluft und den herrschenden Halbschatten sehr gut ertragen, die aber gar nicht dankbar für den in unserem Klima herrschenden Wechsel zwischen Trockenheit und Feuchtigkeit sind, sondern dagegen eine große Empfindlichkeit zeigen. Das gilt ganz besonders von den vielen Gewächsen, die unieren Blumentüchtigen vom Stap der Blütenöffnung her angelommen sind, also aus einer Gegend, wo das ganze übrige Jahr völlige Wärme und nur einmal eine sehr ausgiebige Regenzeit herrscht. Man sollte also als richtiger Blumentriebhaber immer die Heimat seiner Jünglinge kennen und sich danach richten.

Weiter ist zu beachten: Da Deutschland in manchen Gegenden bis in den Anfang Juni hinein unter gelegentlichen Nachfröhen leidet, so können die armen Blumen härterer Zone erst dann in ganz die Freie gestellt werden, d. h. zu einer Zeit, in der die Sonne schon ziemlich hoch



sicht und viel frohlende Kraft hat. Der Übergang aus dem Zimmer in das überhelle Licht darf bei vielen Gewächsen nicht zu plötzlich erfolgen, sondern es muß ein gewisser Gewöhnungsübergang vorhanden sein. Es ist auch hier darauf zu achten, daß die Pflanzen nicht grelle Sonne vertragen, sondern Halbschatten oder sogar die volle Beschattung zwischen Schöden vorziehen. So gewöhnt die Sonne die Winter alles Lebens ist, so mürberst kann zuviel wässrige Sonne auf die Gewächse wirken. Endlich ist es auch eine Frage, wie tief man die Blumentöpfe in das freie Land versetzt. Unsere Abbildung zeigt in drei Arten, wie es gemacht werden kann. Nur die erste ist richtig. Man setzt den Topf so tief, daß sein Erdrand genau mit dem übrigen Erdboden abschmeidet. Manche meinen es gut und setzen ihn tiefer, damit sich die Topfballenfeuchtigkeit besser erhalte. Das ist aber eben so falsch, als wenn man Bäume zu tief pflanzt, und führt in manchen Fällen dazu, daß die Pflanzen kümmerlich und daß sie auch wilde Staudenrisse machen, an denen sie zugrunde gehen können. Noch viel häufiger sieht man allerdings, daß die Töpfe zu hoch gestellt, wenn sie nicht überhaupt einfach flach auf die Erde gestellt werden, was ganz falsch ist schon darum, weil sie beim Umfallen zerbrechen können. Der Blumentopf ist bekanntlich porös. Auf seine durchlässige Oberfläche wirken Sonne und Wind im Freien in ganz besonderer Weise wasserentziehender als im Zimmer. Die Folge ist, daß die armen Saugwurzel, die sich gern in der Nähe des Topfandes zusammenhalten, nicht mehr ihr teils langem gewöhntes Durchschnittmaß von Feuchtigkeit haben, was sich im Gedeihen der ganzen Pflanze, besonders auch in ihrer Blüthenfrödigkeit zu erkennen gibt.

Schlieflich ist noch eines nicht zu vergessen: Man muß den Pflanzen genügend große Töpfe geben. Darin wird vielfach gelehrt. D man das verleben hat, bemerkt man leicht, wenn man die Pflanzen den Sommer über dranhängen lassen gehabt hat. Sind dann die Wurzeln der Pflanze unten aus dem Ausflußloch des Topfes herausgewachsen und haben sich in der Erde verankert, so daß man den Topf nicht ohne Beschädigung der Wurzel wieder aufheben kann, so ist das ein Beweis dafür, daß man einen zu kleinen Topf gewählt hatte. Die Pflanze gibt dann ihrem Pfleger eine nicht mißzuverstehende Lehre.

Die Flamingopflanze.

Diese schöne, dankbare Pflanze (*Anthurium Scherzerianum*) vereinigt seltene Vorzüge, schöne Belaubung und prachtvolle Blüten von ungewöhnlich langer Dauer, mit beschönigenden Ausprägungen und verdient daher das Preisestück und die Berücksichtigung aller Blumenfreunde, die neben allbekannteren Pflanzen auch gern seltenerer Gewächse ziehen. In Mexiko heimisch, wächst die Pflanze dort im Schatten unter, wohl auch auf den Wänden des tropischen Urwaldes; in Europa ist sie seit 50 Jahren bekannt, jetzt aber in vielen Arten und Spielarten verbreitet, welche die Stammform an Größe und Schönheit der Blüten weit überreffen. Schon die Blüten geben der Pflanze ein schönes, fastisches Aussehen. Sie sind kräftig, lederartig, füllig, schmal und annähernd in der Form, mit einem Rand, der wie zierlich gefestert erscheint, meist dunkelgrün in der Farbe, bei einigen Arten auch weiß gefestert. Wenn sich ältere Pflanzen mit zahlreichen Blüten schmücken, gewähren sie einen prächtigen Anblick. Die Blüten leuchten im feurigen Scharlach; wohl gibt es auch andersfarbige, schöne Sorten in lachsvoll, weiß usw., aber wenn man sich im Zimmer auf eine Art beschränken will, verdient wohl die glühend scharlachrote den Vorzug. Die

Form ist höchst eigenartig; das Anthurium gehört, wie die bekannte Calla, zu den Aröden und hat wie diese eine einblättrige Blütenheide. Doch bei der Flamingopflanze gleicht die Form nicht einer Tüte, sondern einer Schüssel oder Mulde mit annähernd geschweiftem oder gebogenem Rand; auch die Mittelrippe erscheint glänzend, wie emalliert. Der lange Blütenstiel ragt weit empor und bekrönt oft schlängelnde und schwebelartige Windungen; er hebt sich gelb oder orangefarben von der feurig-roten Blüte ab. Diese Farbenzusammensetzung ist im Verein mit der dunkelgrünen Belaubung von äußerst reizvoller Wirkung, namentlich wenn mehrere Blütenheiden gleichzeitig erschlossen sind. Diesen prachtvollen Anblick aber kann man bei älteren Exemplaren leicht genießen, auch dann, wenn sich die Blüten nach und nach entwideln. Denn ein großer Vorzug des Anthurium besteht darin, daß sich jede einzelne Blüte monatelang hält, daß ihre Pracht mitunter ein Vierteljahr und darüber unverändert bleibt. Gerade diese Dauerhaftigkeit, diese lang währende Schönheit machen uns die Pflanze besonders lieb. Welch einen Gegenatz bildet in dieser Beziehung das Anthurium zu den Rastlen, deren herrliche Blüten leider so vergänglich sind und uns nur einige Tage, mitunter nur Stunden erfreuen.

Trotz seiner vielen trefflichen Eigenschaften ist das Anthurium äußerst heischend; es macht nur geringe Ansprüche an unsere Pflege und seine Kultur ist so einfach, daß sie auch im Zimmer keine Schwierigkeiten bietet. Wir müssen der Pflanze nur einigermaßen die Bedingungen ihrer Heimat gewähren, also einen warmen, hellen, vor Zugluft geschützten Stand, der aber nicht allzu scharf und brennend von der Sonne getroffen werden darf, und vor allem feuchte Erde und Luft. Man gießt vom Herbst an allmählich etwas weniger, doch ohne je die Erde austrocknen zu lassen, und stellt den Topf etwas höher. Sobald sich neues Leben regt, früherer Trieb und Wurzelbildung, was gewöhnlich im März geschieht, wird die Pflanze umgeleert. Sie erhält eine reichliche Scherbenunterlage und eine Erdmischung, die aus zerhacktem Moos, Laubere, Sand und einigen Eischen Holzspäne besteht; die Luftwurzeln werden dabei, soweit es angeht, in die Erde des Topfes geleitet. Bei dieser Behandlung wird die Flamingopflanze kräftig gedeihen und im Frühling und Sommer die eigenartig schönen, leuchtenden Blüten entfalten, die wir dann monatelang bewundern können.

Der Ritterstern.

Der Ritterstern, auch Narissenstern oder Amorphum genannt, gehört in mehreren Arten schon seit sehr langer Zeit zu den Lieblingen der Zimmerblumenfreunde. Man muß zweierlei Hauptarten bei diesen schönen Blüthern unterscheiden. Die einen blühen nur einmal im Jahr. Unmittelbar nach dem Abblühen muß man sie immer trodener werden lassen, bis sie mit ihren oberirdischen Teilen völlig verdorrt sind. Die anderen, die auch noch dem Abblühen noch ihre Blätter grün erhalten, können dreimal im Jahre blühen. Auch bei ihnen läßt man in der Ruhezeit mit dem Gießen etwas nach, aber man darf sie niemals ganz trocken werden lassen. Bei den einziehenden Arten soll man die Seitenzweige beim Umtopfen gänzlich entfernen, bei den grünbleibenden dagegen nimmt man nur die schwächeren Seitenzweige ab. Die grünbleibenden stammen aus Brasilien, haben also ein ziemlich hohes Wärmebedürfnis. Die einziehenden, zu denen die allbekannteste feurig-rote Art gehört, die wir hier abbilden, stammen dagegen aus dem Kapland. Dort stehen sie oft lange als unfruchtbare Zwiebeln im ausgedörrten Boden der Steppe, bis die Regenzeit sie zu Leben erweckt und sie nun schnell ihre herrlichen Blüten



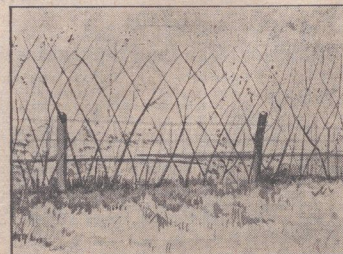
entfalten. Die kapländischen Rittersterne verlangen daher nicht die feuchte Luft, die man den grünbleibenden im Zimmer durch öfteres Besprühen ersehen muß. Sie ertragen wie alle Kapppflanzen die Trockenheit im Zimmer gut, sind aber gegen Staub empfindlich und müssen daher öfter abgewaschen werden. Als Erde verlangen beide Arten eine sehr kräftige Mistbeerde, die man aber mit Seibeerde mischt und mit Torfstücken und Sand durchlässig macht. Wenn die Winterzeit herankommt, sollte man allen Arten durch häufige kräftige Düngung helfen; desto schöner werden sich die Blüten entfalten. Solange die Pflanze am Winterstreiben ist, kann man ihr außerdem nie zu viel Wasser geben. Außer den rot blühenden Arten (in verschiedenen Tönen) gibt es weiße mit roten Punkten, rote mit weißen Streifen usw.

Nach allem hier Gesagten ist die Haltung der Rittersterne nicht schwer, dennoch haben manchen Leute gar kein Glück mit ihnen und bringen sie in Jahren nicht einmal zum Blühen, so daß sie nichtig sind auf die Nachbarn, deren Pfleglinge regelmäßig in voller Pracht blühen. Der

Feher liegt in vielen Fällen daran, daß die Amorphum empfindlich dagegen sind, wenn man in der Vegetationszeit ihren Standort verändert. Sie wollen einen hellen Platz am gut beschützten Fenster haben, dort aber möglichst unberührt stehenbleiben. Auch darf man die Zwiebeln nicht zu tief pflanzen. Zuweilen tritt an den Blättern eine häßliche Krankheit auf, welche auch die Blüten im Garten befallt. Durch öfteres Waschen der Blätter hält man diesen ungeliebten Gast fern.

Lebende Koppelschalen.

Eine lebende Schale sieht immer besser aus als ein Drahtgitter, sie kommt aber auf die Dauer auch billiger. Denn die älteren Hauptstößen sind teuer, wenn man nicht gerade Gelegenheit hat, einen Vollen oder Zieheröhre hohle zu erwerben. Hohlen aus Stampfstein kann man sich selbst herstellen, sie eignen sich aber dort nicht, wo sie hart von Bodenwürmern angegriffen werden. Solcher Hohlen hatten in manchen Wöden über ein Menschenalter, besonders wenn man Alazien- oder Edelkastanienholz zur Verfügung hat. Wo dagegen Kiefernholz in Sandboden verwendet werden muß, ist trotz aller Schutzmittel der Verfall immer groß. Lebende Schalen werden aber neuerdings, nachdem die Drahtgitter eine Stelle vorhergehend geworden waren, auch als Koppelschalen in der Landwirtschaft wieder gern verwendet. Wenn sie einmal dicht geworden sind, brauchen sie außer dem Schnitt und der Aus-



holung keine Unterhaltung mehr, wofür sogar einen Nutzen ab, denn sie liefern in waldarmen Gegenden das Brennholz für Küche und Stubenofen. Sie bieten außerdem dem Vieh einen willkommenen Schutz gegen Wind und Sonne, ferner bieten sie einer Menge von nützlichen Singvögeln Anlegeplätze, wofür die Sänger sich dankbar erweisen, da sie dem Vieh einen Teil der Strohstücken, Breiten und Dastelstiegen wegfangen. Es fragt sich nun, welche Holzart man mit Vorteil zur Einriedigung verwendet. Ganz ausgezeichnet eignet sich Weißbuche, der aber etwas langsam heranwächst. Bei Birken ist es zweifelhaft, ob man ihn empfehlen soll. Auf dem Weidenstand schmachtet nämlich ein großer Teil derselben Schädlinge, die unsere Obstbäume heissen, so besonders auch der Weidenstecher und die gefährlichen Frostspanner. Es nützt also nur teilweise, wenn man die Obstbäume gegen diese Schädlinge versichert. Auf der benachbarten Heide finden sie doch ihr Weierkommen, da man unmöglich auch alle Stämmchen der Heckenpflanzen mit Schürzungen versehen kann. Es gibt zwar auch Gartenweide, die glauben, daß der Weidenstern die benachbarten Obstbäume entlastet, indem er in Gegenden, wo wenig Raubvögel gedeihen, einen Teil der Schädlinge auf sich abzieht. Als eine ganz hervorragende geeignete Pflanze wird die kanadische Kappel empfohlen. Man verwendet Zweige derselben als Stedlinge, so kommt man am billigsten weg, denn bezweigte Pflanzen würden die Schale natürlich wieder ziemlich kostspielig machen. Man zieht einen 70 Zentimeter tiefen Graben, steckt die Weide oder Zweige kreuzförmig gegeneinander, wie es unsere Abbildung erkennen läßt, in die Erde und tritt sie fest. Die Kanadapappel wächst schnell, bildet eine schöne dicke Decke und gewährt den Vögeln zahlreiche Anlegeplätze. Sie leidet zwar auch unter einigen Rauern, doch sind das nicht dieselben Arten, die an Obstbäumen sind. Anfangs paant man zwischen die Stämme noch zwei Zeilen Stachelstrauch, später ist das nicht mehr nötig. Während die kanadische Kappel eine gewisse Trockenheit später ohne Schaden aushält, muß man im Anfang, wie die Stedlinge amandeln, den Boden auch in Feuchtigkeit erhalten. Wenn er also nicht über einen hohen Grundwasserstand verfügt oder das Wetter dauernd genügend regnerisch ist, muß man die Stedlinge im Anfang gießen. Diese Weide macht sich aber bezahlt. Nachdem man noch einmal die Stämme, die etwa nicht angegangen sind, nachgepflanzt hat, bedarf eine solche Schale gar keiner Unterhaltung mehr und bildet einen Schutzm für die Gegend.

RAT UND AUFKUNFT.

Ar. 421. S. P. in L. Die frühesten Kroutarten sind das Meisenkraut und das feine Ertrur Weizenkraut. Beide ergeben, bei gewöhnlicher Aussaat im März, schon im Juni große und frohliche Ernten, wobei die Stöcke bei der zweiten Ernte allerdings nicht den Umfang erreichen, wie bei der ersten, die gute Düngung, auch Kalkung erfordert, dann aber Stöcke bis zu zwanzig Pfund Gewicht liefert.

Ar. 423. A. G. in W. Eine besondere Art Stahl ist für die Weizenstruten der wasserreichen Auenländer nicht vorgeschrieben. Es gibt auch Auenländer, und diese sind wohl sogar in der Weizen, die keine Kalkstreu, sondern gewöhnliche frische Baumruten verwenden, die gedüngt gewachsen sein müssen. Wie hart die angestrichene Wassererde ist und wie tief sie liegt, glaubt der Auenländer an der Stärke des Auenlandes, seiner Erfahrung her, die Weizen zu können. Darum kann ein Weizenstruten keine Regeln aufstellen.

Ar. 424. G. L. in G. Stangenbohnen stellen im allgemeinen etwas höhere Ansprüche an den Boden als Aufschubohnen. Obwohl die Bohne Sonne liebt, läßt sie sich doch mit Pflanzen im Halbschatten, wenn die Aufschubpflanzen kultivieren, zu einem langem mit gutem Erfolg in manchen Obstbäumen gesät.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zorngauerstr. 8, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt kein Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises. Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 3 Goldpf. für Anzeigen überhalb Wohnort 1 Goldpf. für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf. im Reklameteil 30 Goldpf. einschl. Umrahmung. Schmärtler und tabellarischer Satz mit Ausschlag. Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten. Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbehold.

Nr. 85.

Donnerstag, den 17. Juli 1930.

33. Jahrg.

Die Deckungsvorlage gefallen

Brüning in Verteidigung und Angriff.

(200. Sitzung.) OB. Berlin, 15. Juli.
Im Reichstag hielt bei der zweiten Lesung der Deckungsvorlage Reichstanzler Brüning seine mit Spannung erwartete Rede. Der Reichstanzler, der sich mit den anderen Ministern auf der Regierungsbank befindet, spricht von dort aus zunächst. Der Reichstanzler meint, es sei nicht notwendig, angesichts der gefahrpolitischen Lage und der wochenlangen Verhandlungen längere Ausführungen zu machen. Das Volk verlange keine weiteren Reden, sondern die Entscheidung.

Wenn eine Regierung in dieser Stunde darauf verzichten würde, die notwendigen Maßnahmen sofort durchzuführen, so würde sie ihre Pflicht vor der Geschichte und dem deutschen Volk schamhaft verletzen. Deshalb mußte der Mut gefunden werden, für die Sanierung der Finanzen und der Sozialversicherung den Parteien neue Opfer zuzumuten. Wenn jeder seine Pflicht tut, besteht kein Grund, in schrankenlosen pessimismus zu verfallen.

Eine Preislenkung würde für die beson dere Art der deutschen Wirtschaft keinen Nutzen, sondern den Wert des Währungsmittels herabsetzen, aber die Voraussetzung für die Durchführung aller dieser Maßnahmen, auch der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen, ist, vorher

das Defizit des Reichshaushalts zu decken. Andere Möglichkeiten dazu als die von der Regierung vorgeschlagenen gibt es nicht.

Eine große Stunde ist für den Reichstag angedroht. Demokratie und Parlament werden am besten gefördert durch den Mut zur Verantwortung, wenn es sich auch um unpopuläre Maßnahmen handelt. Wenn der Reichstag diese Verantwortung nicht anerkennet, so wird die Reichsregierung im Interesse der Demokratie von allen verantwortungsbewußten Mitteln Gebrauch machen, die zur Abdeckung des höchstbedenklichen Reichshaushalts notwendig sind.

Nach der Rede des Kanzlers beantragte Abg. Esser (Ztr.) die Durchberatung des § 1. Nach einstündiger Pause wurde darüber abgestimmt und der Antrag Esser angenommen, ebenso nach kurzer Debatte der § 1 betr. Notopfer und Einkommensteuerverhöhung. Vorher war eine Million Mark zwecks Stillfaltung beim Neudruck Gubenanlageländchen bestellt und das Weingesetz in zweiter Beratung erledigt worden.

Die Fraktionsredner zu den Deckungsvorlagen.

Nach Wiederöffnung der Sitzung wird der Antrag des Abg. Esser angenommen und die Redezeit auf eine halbe Stunde festgesetzt.

Abg. Keil (Soz.) fordert bei der Reichsfinanz-Beschränkung in der Beratung der Angelegenheit, höhere Freiheiten und Berechnung nach dem Nettoeinkommen, außerdem Besteuerung der Aufsichtsratsbezüge. Die Volkseigenen in ihrer jetzigen Form sei unmöglich. Unannehmbar sei auch die Bürgersteuer. Das schließt sich die Verbindung der Deckungsvorlagen mit dem Abbau der Sozialgesetzte. Die Anwendung des Artikels 48 würde die Stärkung der Verfassung bedeuten. (Einige kommunistische Abgeordnete werden wegen dauernder Zurücksetzung zur Ordnung gerufen.) Die bürgerlichen Parteien sollten nicht versuchen, einen schweren Konflikt politischer und wirtschaftlicher Art heraufzubeschwören.

Abg. Dr. Oberländer (Dn.) gibt eine kurze Erklärung ab. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist der Auffassung, daß eine irgendwie wesentliche Änderung der Situation seit der Beratung der Deckungsvorlage in erster Lesung nicht eingetreten ist.

Abg. Dr. Höber (Zentr.) erklärt, das Zentrum stimme der Deckungsvorlage zu. Die Sozialdemokraten dürfen der Regierung nicht die Mittel für die Arbeitslosenversicherung verweigern, wenn sie die Versicherung überhaupt retten wollten. Das Zentrum stelle sich in dieser Stunde hinter die Regierung. Es sei sich seiner Verantwortung vor Volk und Vaterland bewußt.

Abg. Dr. Reuberer (Komm.) lehnt unter starken Andeutungen das Deckungsprogramm der Regierung ab.

Abg. Dr. Schöps (D. Vp.) wünscht vor allem eine Senkung der Ausgaben und eine Absicherung der finanziellen Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden. Die Bedürfnisse teilweise seien diese Forderungen durch die Aufhebung der unpopulären Zuschüsse des Reiches zur Arbeitslosenversicherung und durch die Schaffung der Bürgersteuer erfüllt worden.

Abg. Wollast (Wirtschaftspartei) erklärte die Wirtschaftspartei stimme der Deckungsvorlage nur deshalb zu, weil die erforderliche Beitragsverhöhung zur Gewerbesteuererhöhung durch Entzug der Krankheitsbeiträge eine neue Belastung der

Wirtschaft verhindert. Durch die Bürgerabgabe werde weiter die Entlastung der Volkswirtschaft eingeleitet.

Abg. Meyer (Dm.) hebt hervor, die Wölfe könne nicht allein durch neue Steuern gebracht werden. Die Demokraten würden sich zur Annahme der Deckungsvorlage nicht entschließen können, wenn es sich um diese Vorlage allein handelte. Die Fraktion betrachte das ganze Deckungsprogramm als ein Teilprogramm, die unzulänglich weiter gefördert werden muß.

Abg. Leich (Zentr. Vp.) nennt die Vorlage eine zweite verbesserte Auflage, in der den Bedenken gegenüber dem Notopfer Rechnung getragen sei, wenn auch nicht in ausreichendem Umfang. Die Deutsche Volkspartei wird aber ihre Bedenken zurückstellen und dem Artikel 1 zustimmen.

Abg. von Emdener-Wildau (Dn. Arbeitsspek.) spricht die Hoffnung aus, daß sich eine Mehrheit der Staatsnotwendigkeiten nicht verlagern werde. Sollte das der Fall sein, so müßte die Regierung alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden.

Abg. Böhrig (Christlichn. Bauernpartei) nennt die Vorlage der Regierung einen nur wenig geeigneten Notbehelf. Die Christlichnationale Bauernpartei wolle aber nicht, daß sich eine unzulängliche Hilfe irgendwo verzögere oder gefährde werde.

Das Notopfer angenommen. Sozialdemokratie

ist im Einmündigen.

Annahme folgt die Abstimmung. Artikel 1 der Deckungsvorlage wird mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen deutschnationale, kommunistische und Nationalsozialisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen. Der Artikel 1 lautet: Zum Ausgleich der Aufwendungen im ordentlichen Reichshaushalt, die sich infolge der schließlichen Wirtschaftslage ergeben, werden für die Zeit bis zum 31. März 1931 von den Einkommern der Personen des öffentlichen Dienstes ein Beitrag (Reichshilfe) und von den einkommensschwächeren Personen einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben.

Nach dieser Abstimmung werden die Beratungen abgebrochen und auf Mittwoch vertagt.

Regierungsverzicht auf Reichstagsberatung.

Kommt die Reichstagsauflösung?



Sitzungsbericht.

(201. Sitzung.) OB. Berlin, 16. Juli.
Zunächst wird die Entscheidung über den Einspruch des Reichstages gegen das vom Reichstag beschlossene Antriebsgesetz getroffen. Für die Zurückweisung des Einspruchs werden 236 Stimmen abgegeben, dagegen 146, zehn Abgeordnete enthalten sich der Stimme. Präsident Lohé verliest die Verfassungsbestimmungen über Antriebs. Nach diesen hat der Reichstag dem Reichspräsidenten, wenn der Reichstag mit Zweidrittel-

mehrheit entgegen dem Reichstagsbescheid ein Gesetz beschließt, dieses binnen drei Monaten zu verhindern oder einen wesentlichen Inhaltteil zurückzuführen. Es sei fest, daß die entsprechende Zweidrittelmehrheit für die Zurückweisung des Einspruchs 301 sein würde.

Dem Einspruch des Reichstages ist also nachzugeben. In zweiter und dritter Beratung wird das Baurechtgesetz

für 1930 angenommen, ferner Entschleunigung dazw., nach denen für den Straßenbau in erster Linie deutsches Baumaterial verwendet werden soll.

Dann wird die zweite Beratung der Deckungsvorlagen fortgesetzt.

Abg. Zorngler (Komm.) Mit der gefälligen Abstimmung haben die Sozialdemokraten bezeugt, daß sie grundsätzlich für die Deckung des Defizits durch Reichshilfe und Sozialsteuer eintreten. Der Reichstanzler hat gesagt, es seien andere Möglichkeiten als die jetzigen Vorlage vorhanden, um die Finanzlage zu beheben. Das ist nicht wahr, es sind andere Wege vorhanden, um die Deckung dort zu suchen, wo sie wirklich zu finden ist, nicht bei den Arbeitern, sondern bei den großen Einkommern und dem Volk.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion ist nicht sowohl durch den Inhalt der einzelnen Artikel als durch die Gesamtsituation bedingt. Manche Bestimmungen in den Vorlagen entsprechen den Wünschen, die unsere Fraktion vor einigen Wochen geäußert hat, so das Prinzip der Reichshilfe, die Erhöhung der Einkommensteuer usw. Aber grundsätzlich unannehmbar ist für uns die Einkommen-

steuerverbesserung oder Kapitalsteuer, die man besser lassen sollte. Da sie aber in dem gefassten Deckungsprogramm hineingearbeitet ist, ist dieses für uns unannehmbar. Im engeren Zusammenhang mit der Deckungsvorlage — und das kommt hinzu — stehen die Losloshilfen für die Regierung. Die Sozialdemokratie ist sich der Folgen der Ablehnung der Deckungsvorlage durchaus bewußt. Die von der Regierung nach rechts hin unternommenen Versuche zur Erweiterung ihrer Wider-

stand zu einer Mehrheit scheitern gescheitert zu sein. Die Sozialdemokratie hat unabweisend ihre Verantwortlichkeit bekannt gegeben, an der parlamentarischen Verabreichung der Vorlagen mitzuarbeiten, nicht etwa um der Regierung willen oder nicht etwa um ihrer selbst willen, sondern um des Staates willen. Dieses Vorgehen haben wir dem Zentrum abgeraten. Es hat sich nicht überreicht. Er hat seine christliche Antwort gegeben. Die Regierungsparteien scheinen sich offenbar, den Grund für ihre ablehnende Haltung öffentlich mitzuteilen. Soweit die Verhandlungen, von denen man heute sprach, überhaupt begonnen haben, sind sie gescheitert. Damit steht die Ablehnung der Deckungsvorlage durch die Sozialdemokratie

fest. Der Reichstanzler beschließt die Anwendung des Artikels 48 und hat sich dem Vernehmen nach bereits auch die Vollmacht dazu geben lassen. Wir halten die Anwendung des Artikels 48 für verfassungswidrig. Dieser Artikel soll in Vorstandsbesitz dem Staat, nicht aber einer Regierung bleiben.

Wir werden sofort die Aufhebung der etwaigen Notverordnung beantragen und dabei sehen, ob die Deutschnationalen dem zustimmen werden oder ob sie lieber ihre bisherige Opposition angeben. Dem Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstages werden wir nicht zustimmen, denn es ist dabei das Ziel, daß nach der Auflösung des Reichstages der Artikel 48 angewandt werden soll.

Abg. Esser (Ztr.) Die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie sind tatsächlich schon dadurch zum Scheitern verurteilt gewesen, weil die Sozialisten den dritten Satz ihres Schreibens in die Form eines Ultimatum gefasst haben. Dadurch war eine Verständigung unmöglich.

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) Der dritte Satz unseres Schreibens hat lediglich die Ablehnung der Bürgersteuer ausgesprochen. Diese Steuer ist aber in der Regierungsvorlage überhaupt nicht enthalten gewesen. Selbst der Reichstanzler mußte bei der schweren Bedenken dagegen geäußert. An der Ablehnung dieser Steuer hätten die Verhandlungen nicht scheitern können, wenn man erstlich eine Verständigung gewollt hätte.

Abg. Ende (Komm.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie und führt breit aus, die Massen würden den Sozialdemokraten schon die richtige Antwort auf ihr Verhalten erteilen.

Nach dem Schluß der Aussprache beginnt die Abstimmung über Artikel 2 des Reichshilfegesetzes, der den von der Reichshilfe betroffenen Verrentierten festsetzt. Mit 256 gegen 204 Stimmen wird der Artikel durch Sozialdemokraten, kommunistische, Nationalsozialisten, deutschnationale und Volkseigenen abgelehnt.

Reichstanzler Brüning erklärt: Namens der Regierung habe ich zu erklären, daß die Reichsregierung auf die Fortführung der Verhandlungen über die Deckungsvorlagen keinen Wert mehr legt. (Bezeugung im Saal.)

Präsident Lohé: Damit ist nicht nur die Vorlage, sondern auch der damit verbundene Ergänzungsentwurf erledigt.